

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2017

Nachrichten von COFACE – Families Europe	1
Online-Mobbing: COFACE – Families Europe führt peer review durch	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Familienpolitik im Europäischen Semester.....	1
Urteil: Steuerbefreiung für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten	1
Kommission will die EU-Bürgerinitiative reformieren.....	2
EU und UNO starten Initiative zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen.....	2
Frauenrechtsausschuss des Parlaments diskutiert Verhütung und Familienplanung	2
EU stockt humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlingskinder und Irak auf.....	2
Strategien zur Integration der Roma – Halbzeitbewertung und Konsultation	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweizer stimmen gegen Rentenreform.....	3
Weitere Nachrichten	3
Neuer internationaler Zusammenschluss für mehr Lohngerechtigkeit.....	3
Frauen- und Gesundheitsorganisationen fordern Recht auf sichere Abtreibungen	3
Berichte und Studien	4
Frauen und Digitalisierung – OECD-Policy Brief	4
Working Paper des Europarats zum Schutz vor häuslicher Gewalt.....	4
Eurofound-Studie zu Arbeitszeitmodellen in Europa.....	4
Europarat-Papier gegen Ausgrenzung im Schulsystem	4
Bericht des Europarats zur Altersbestimmung bei jungen Migrant/innen.....	5
Neue Veröffentlichungen des <i>familiesandsocieties</i> -Netzwerks	5
EIGE-Papier zu Vergewaltigung und Gewalt in Paarbeziehungen.....	5
Bevorstehende Veranstaltungen	6

Nachrichten von COFACE – Families Europe

Online-Mobbing: COFACE – Families Europe führt peer review durch

Am 14. September hat sich COFACE Families Europe mit dem griechischen Programm „Live without Bullying“, das von dem griechischen COFACE-Mitglied KMOP durchgeführt wird, auseinandergesetzt. COFACE-Peers aus neun Ländern (Belgien, Bulgarien, Finnland, Spanien, Kroatien, Österreich, Tschechische Republik, Ungarn und Frankreich) trafen sich in Athen, um das Programm und seine Übertragbarkeit auf andere Länder zu erörtern. Die Ziele dieses Peer Reviews sind, bewährte Praktiken kennenzulernen, Schlussfolgerungen abzuleiten und die praktische Umsetzung sowie die Übertragbarkeit auf andere Kontexte zu diskutieren. Im Anschluss an die Peer Review fand am 15. September eine öffentliche Veranstaltung mit griechischen Experten (Lehrer, Forscher, NGOs, Medien etc.) statt, die sich ebenfalls dem Thema Schule und Online-Mobbing widmete.

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Familienpolitik im Europäischen Semester

Die bei der EU-Kommission angesiedelte Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (EPIC) (früher: Europäische Allianz für Familien) hat einen Überblick über die familienpolitischen Aspekte des Europäischen Semesters veröffentlicht. Er führt die nach Themengebieten geordneten die länderspezifischen Empfehlungen für die Jahre 2016 und 2017 im Bereich Familie, Vereinbarkeit, Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern auf. Im Vergleich zum Jahr 2016 gab es 2017 – mit Ausnahme der Themen „Effizienz/Effektivität des Sozialschutzes“ und „Vereinbarkeit“ – insgesamt weniger länderspezifische Empfehlungen in den betreffenden politischen Themenbereichen. Die Erwägungsgründe der Empfehlungen stellen den länderspezifischen Kontext vor, in dem die Empfehlungen ausgesprochen wurden. Sie liefern einen Überblick über die Situation der Länder in den Bereichen, die durch das Europäische Semester abgedeckt werden, darunter auch der Bereich Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern.

Die Europäische Kommission legt im Rahmen des Europäischen Semesters jedes Jahr ihre länderspezifischen Empfehlungen vor. Diese Empfehlungen legen die politischen Ziele für das nächste Jahr fest. Obwohl die länderspezifischen Empfehlungen, wie der Name schon sagt, für die jeweiligen Mitgliedstaaten gelten, gehören sie zu einer größeren Reihe an EU-Prioritäten, die im Rahmen des Jahreswachstumsberichts ermittelt werden.

- [Zum Überblick](#)

Urteil: Steuerbefreiung für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten

Der Gerichtshof der EU hat am 21. September sein Urteil in einem Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland gefällt. Demnach darf Deutschland nicht einzelne Berufsgruppen bei Mehrwertsteuererleichterungen bevorzugen. Alle Zusammenschlüsse von Selbstständigen hätten nach EU-Recht Anspruch auf Steuerbefreiungen, wenn sie dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten ausüben. In Deutschland kommen diese Erleichterungen bislang nur Zusammenschlüssen von Selbstständigen in Heilberufen – also etwa Gemeinschaftspraxen von Ärzten – zugute. Künftig könnten davon auch andere Selbstständige z.B. in der Pflege, Sozialfürsorge oder im Erziehungswesen profitieren.

Kommission will die EU-Bürgerinitiative reformieren

Die EU-Kommission will die Europäische Bürgerinitiative und die Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene reformieren. Diese Reform hatte EU-Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 13. September angekündigt. In Zukunft soll es leichter werden, eine Bürgerinitiative auf EU-Ebene zu organisieren. Die Kommission werde enger mit den Organisator/innen zusammenarbeiten und die Zulässigkeit ihrer Registrierungsanträge sicherstellen. Ein kostenloses Online-Sammelsystem für die Datenerfassung werde bereitgestellt, damit Bürger/innen die Initiative mittels elektronischer Identifizierung (eID) unterstützen können. Außerdem werde die Kommission alle Initiativen in alle EU-Sprachen übersetzen lassen und die Zahl der erforderlichen Formulare stark reduzieren. Mit dem Vorschlag der Kommission wird auch das Mindestalter für die Unterstützung einer Initiative von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Die Europäische Bürgerinitiative wurde mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Seit April 2012 haben die Bürgerinnen und Bürger Europas die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die politische Tagesordnung der Kommission setzen zu lassen. Ist eine Europäische Bürgerinitiative formal registriert, braucht es eine Million Unterstützer/innen aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten, um die Europäische Kommission aufzufordern, im Rahmen der Befugnisse der Kommission einen Rechtsakt vorzulegen. Hat eine Initiative die erforderliche Zahl an Unterstützungsbekundungen erreicht, legt die Kommission in einer Mitteilung dar, ob sie beabsichtigt, Folgemaßnahmen zu ergreifen und warum. Der jetzt vorgelegte Reformvorschlag der Kommission muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommen werden, damit er in Kraft treten kann.

EU und UNO starten Initiative zur Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Die Europäische Union und die Vereinten Nationen wollen gemeinsam gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen vorgehen. Dazu haben beide Partner auf der UN-Generalversammlung in New York eine Initiative auf den Weg gebracht, die durch einen Treuhandfonds finanziert wird. Wichtigster Geldgeber mit einem Beitrag von etwa einer halben Milliarde Euro ist die EU. Mit diesem Geld sollen in den kommenden Jahren umfassende Programme durchgeführt werden, um alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen wie z. B. sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt, Menschenhandel oder wirtschaftliche Ausbeutung zu beseitigen. Kernbereiche der Maßnahmen sind u. a. die Stärkung des Rechtsrahmens sowie der betreffenden Politikbereiche und Einrichtungen ebenso wie Präventivmaßnahmen, Zugang zu Dienstleistungen und verbesserte Datenerhebung in Afrika, Lateinamerika und Asien sowie im pazifischen und karibischen Raum.

Frauenrechtsausschuss des Parlaments diskutiert Verhütung und Familienplanung

Der Europaparlamentsausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter hat am 25. September einen Meinungsaustausch zu Fragen der Verhütung und Familienplanung abgehalten. Den Anlass gab der Welttag der Empfängnisverhütung, der jedes Jahr am 26. September begangen wird. Das Bewusstsein über eine angemessene Verhütung und Familienplanung sei ein wichtiges Instrument zur Sicherung des Wohlergehens und der Autonomie von Frauen und helfe Familien und Gesellschaften, fundierte Entscheidungen zu treffen und einen nachhaltigen Weg einzuschlagen, so der Ausschuss.

EU stockt humanitäre Hilfe für syrische Flüchtlingskinder und Irak auf

Die Europäische Union hat am 20. September ihre Hilfe für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien, dem Libanon und der Türkei um 90 Mio. Euro erhöht. Im Rahmen des regionalen Treuhandfonds als Reaktion auf die Syrien-Krise stellt die EU das Geld dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR zur Verfügung.

Auch für den Irak hat die EU ihre humanitäre Hilfe um 10 Mio. Euro aufgestockt. Die Hilfsgelder dienen der Aufarbeitung der traumatischen Erlebnisse der von Krieg und Vertreibung betroffenen Bevölkerung.

Strategien zur Integration der Roma – Halbzeitbewertung und Konsultation

Die Kommission hat am 30. August 2017 die Halbzeitbewertung der Strategien der Mitgliedstaaten zur Integration der Roma vorgestellt. Daraus ergibt sich, dass sich die Lage der Roma nur langsam verbessert. Immer noch seien 80 Prozent armutsgefährdet, obwohl mehr Roma an frühkindlicher Erziehung und Bildung teilnahmen und der Anteil der Schulabbrecher/innen rückläufig sei. In den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnraum wurden nur ungenügende Verbesserungen erzielt. Der Anteil junger Roma, die weder in Arbeit noch in Ausbildung sind, sei zwischen 2011 und 2016 sogar um 8 Prozentpunkte auf 63 Prozent gestiegen. In mehreren Mitgliedstaaten gebe es nach wie vor keine Basis-Krankenversicherung für Roma.

Auf der Grundlage der Halbzeitbewertung wird die Kommission nun eine Strategie für die Integration der Roma nach 2020 ausarbeiten. In diesem Zusammenhang hat sie eine Konsultation eröffnet, die die Positionen und Empfehlungen der Interessenträger erfassen soll. Sie haben bis zum 25. Oktober 2017 Zeit, das Onlineformular auszufüllen.

- [Zur Konsultation](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweizer stimmen gegen Rentenreform

Am 24. September hat eine Mehrheit der stimmberechtigten Schweizer (52,7 Prozent) eine umfassende Reform der Altersvorsorge abgelehnt. Der zur Volksabstimmung vorgelegte Entwurf sah vor, das Rentenalter für Frauen zu erhöhen, die ausbezahlten Renten aus den Pensionskassen leicht zu kürzen und dafür allen Neurentner/innen jedes Jahr zusätzlich einen Zuschuss von 70 Franken zu bezahlen.

Weitere Nachrichten

Neuer internationaler Zusammenschluss für mehr Lohngerechtigkeit

Bei der UN-Generalversammlung wurde am 18. September eine neue Koalition für gerechte Entlohnung vorgestellt. Die *Equal Pay International Coalition* (EPIC) wird von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, UN Women und der OECD getragen. Sie soll als *multi-stakeholder coalition* dafür arbeiten, dass das Nachhaltige Entwicklungsziel Nr. 8.5 erreicht wird, das sich für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern einsetzt, wenn diese gleichwertige Arbeit verrichten.

- [Zur EPIC-Internetpräsenz](#) 

Frauen- und Gesundheitsorganisationen fordern Recht auf sichere Abtreibungen

Die Europäische Frauenlobby (EWL) hat sich im Vorfeld des Globalen Aktionstages für den Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen am 28. September 285 Organisationen angeschlossen, die eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet haben, die sich an den Menschenrechtsrat der UN richtet. Darin

werden die politischen Entscheidungsträger auf der ganzen Welt dazu aufgefordert, den Zugang zu sicheren und legalen Abtreibungen zu gewährleisten. Schätzungen zufolge fänden weltweit jährlich etwa 22 Millionen unsichere Abtreibungen statt, was zu sieben Millionen gesundheitlichen Komplikationen und 47.000 Todesfällen führe. Darüber hinaus entstünden Frauen und Mädchen, Familien, Gemeinschaften, Gesundheitssystemen und Wirtschaften erhebliche soziale und finanzielle Kosten. Die Kriminalisierung sowie die Verweigerung oder Beschränkung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Abtreibungen stelle eine Verletzung des Rechts auf Nichtdiskriminierung, auf Privatsphäre und auf Entscheidung über den eigenen Körper dar und kann Folter oder Misshandlung darstellen, wie von UN-Organen und Experten wiederholt hervorgehoben worden sei.

Berichte und Studien

Frauen und Digitalisierung – OECD-Policy Brief

Ein neuer Policy Brief der OECD beschäftigt sich unter dem Titel „Going Digital: The Future of Work for Women“ mit den Auswirkungen, die die Digitalisierung auf die Arbeitsmarktteilhabe von Frauen hat. Es wird diskutiert, inwiefern sich dadurch in den letzten Jahren nicht nur flexiblere Arbeitsmodelle entwickelt hätten, sondern auch die Arbeitsqualität verändert habe. Thematisiert werden auch die Chancen, die die Digitalisierung für mehr Lohngerechtigkeit und Vereinbarkeit bietet.

- [Zum OECD-Policy Brief](#)  

Working Paper des Europarats zum Schutz vor häuslicher Gewalt

Der Europarat hat bereits einige Papiere zu einzelnen Artikeln der Istanbulkonvention herausgebracht. Im September ist nun ein neues Papier zu Artikel 52 erschienen. Es beschäftigt sich mit Schutzanordnungen aufgrund von häuslicher Gewalt. In dem Papier werden der Geltungsbereich und die Verpflichtungen von Artikel 52 im Einzelnen dargelegt, bevor die notwendige Abwägung der unterschiedlichen Rechte im Zusammenhang mit Notverordnungen und deren Umsetzung in einzelnen Mitgliedstaaten des Europarates geklärt werden. Das Papier schließt mit einer Checkliste, die die Umsetzung entsprechender Anordnungen erleichtern soll.

- [Zum Papier](#)  

Eurofound-Studie zu Arbeitszeitmodellen in Europa

Die Arbeitszeit ist ein immer wiederkehrendes Thema der Forschung von Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. In einem aktuellen Bericht wird sie unter der Perspektive der Nachhaltigkeit betrachtet, das heißt ihr Zusammenhang mit der Gesundheit und der Zufriedenheit der Arbeitnehmer/innen. Der Bericht gibt einen Überblick über die jüngste Entwicklung der Arbeitszeitdauer und der Arbeitszeitgestaltung in der EU und zeigt die wichtigsten Trends und Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten auf.

- [Zum Bericht](#) 

Europarat-Papier gegen Ausgrenzung im Schulsystem

Gegen Ausgrenzung im Schulsystem richtet sich ein aktuelles Papier des Europarats. Obwohl das Recht auf Bildung ein grundlegendes Menschenrecht sei, verweigerten viele europäische Länder Tausenden von Kindern, darunter behinderte Kinder, Roma-Kinder und Flüchtlings- oder Migrantenkinder, nach wie vor den gleichberechtigten Zugang zum Bildungssystem. Dies habe weitreichende Folgen für die Gesellschaften. Die Mitgliedstaaten seien verpflichtet, das Recht jedes Kindes auf eine qualitativ hochwertige Bildung ohne Diskriminierung zu gewährleisten. Das Papier gibt zunächst einen Überblick über Segregation in den Schulsystemen der Mitgliedsstaaten und deren Hauptursachen. Anschließend werden die Risiken, die mit einer getrennten Erziehung verbunden sind, untersucht und die wichtigsten Grundsätze skizziert, die jeder Politik zur Beseitigung der Segregation und zur Förderung einer inklusiven Erziehung zugrunde liegen sollten. Schließlich enthält der Bericht zwölf Empfehlungen zur Entwicklung einer stärker inklusiven Bildungspolitik.

➤ [Zum Papier](#)  

Bericht des Europarats zur Altersbestimmung bei jungen Migrant/innen

Der Europarat hat am 20. September einen Bericht zum Umgang hinsichtlich der Altersbestimmung bei Migrant/innen in den unterschiedlichen Staaten des Europarats veröffentlicht. Sein Originaltitel lautet: *Age assessment: Council of Europe member states' policies, procedures and practices respectful of children's rights in the context of migration* (Altersbestimmung: Politiken, Verfahren und Praktiken der Europaratsmitgliedstaaten, die die Rechte von Kindern im Zusammenhang mit Migration respektieren). Ziel des Berichts ist es, einen Überblick über die aktuelle Situation in den Mitgliedstaaten zu geben und die Arbeit des Europarates bei der Entwicklung von entsprechenden Leitlinien zu unterstützen. Die Altersbestimmung ist ein formelles Verfahren, mit dem die Behörden versuchen, das Alter einer Person zu ermitteln und festzustellen, ob sie erwachsen oder minderjährig ist, um eine Entscheidung über ihre Ansprüche, Rechte und Pflichten zu treffen. Der Bericht zeigt eine sehr zersplitterte Situation in Europa auf, in der die Rechte und Verfahrensgarantien in den Mitgliedstaaten nicht einheitlich eingehalten würden. Zu den wichtigsten Herausforderungen gehöre das Fehlen eines gemeinsamen Ansatzes für Altersbestimmungsverfahren in Europa. Ein Defizit an wissenschaftlicher und empirischer Basis berge die Gefahr eines willkürlichen Ergebnisses. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Ziel eines jeden Verfahrens darin bestehen sollte, den Schutz der Rechte der Person zu gewährleisten und sie auf den künftigen Übergang in das Erwachsenenalter und ein unabhängiges Leben vorzubereiten.

➤ [Zum Bericht](#)  

Neue Veröffentlichungen des *familiesandsocieties*-Netzwerks

Auf dem Internetportal des *familiesandsocieties*-Forschungsverbundes finden sich mehrere neue Artikel mit europäischen und familienpolitischem Bezug. Sie behandeln eine Reihe von Themen, die von intergenerationellen Beziehungen über den Zusammenhang von geteiltem Sorgerecht und dem Wohlbefinden von Kindern bis zur Involvierung von Vätern in die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder reichen.

➤ [Zu den Artikeln](#) 

EIGE-Papier zu Vergewaltigung und Gewalt in Paarbeziehungen

Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter EIGE hat ein Papier veröffentlicht, das die empirische Datenlage zusammenfasst, die zum Themenbereich Vergewaltigungen und Gewalt bei Intimpartnern in der EU-28 vorliegt. Die Erhebung von Daten über die Prävalenz von Vergewaltigung und

Gewalt in Paarbeziehungen sei der Schlüssel für die Etablierung und Bewertung wirksamer Präventionsmaßnahmen. Detaillierte und umfassende Daten seien erforderlich, um das Ausmaß und die Dimension von Gewalt gegen Frauen zu messen und Veränderungen im Zeitablauf zu überwachen.

➤ [Zum Papier](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
1.-4. Okt. 2017 Den Haag, Niederlande	15th International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) European Regional Conference	ISPCAN Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies
10. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Conference: Together for an Equal Europe – Celebrating Equinet's 10th Anniversary	Equinet
12. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in Europe through Awareness and Prevention	Public Policy Exchange
12. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	The European Pillar of Social Rights – What's next for social protection and inclusion?	Euractiv
13. Okt. 2017 Riga, Lettland	Coordination of family benefits, unemployment benefits and the application of coordination rules in case of posted workers	FreSsco Network
20.-21. Okt. 2017 Lodz, Polen	Social Innovations For Children And Youth: Research And Practice	Universität Lodz
23.-24. Okt. 2017 Stockholm, Schweden	Migrant children and young people – Social inclusion and transition to adulthood	European Social Network
24. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Young Runaways and Missing Migrant Children in Europe: Towards Improved Cross-Border Cooperation	Public Policy Exchange
25.-26. Okt. 2017 Göteborg, Schweden	EUROCITIES Social Affairs Forum	EUROCITIES
27. Okt. 2017 Zagreb, Kroatien	Recent developments and proposed changes in the area of posting and family benefits' coordination	FreSsco Network
31. Okt.- 1. Nov. 2017 Kopenhagen, Dänemark	WHO-Konsultation zur Neugestaltung der europäischen Leitlinien und Empfehlungen für die Kindergesundheit	WHO Europe
1.-4. Nov. 2017 Valetta, Malta	International Foster Care Organisation (IFCO) World Conference	IFCO
4. Nov. 2017 Luxemburg, Luxemburg	Common social values and principles & social governance	EWSA
9.-11. Nov. 2017	5. Europäischer Fachkongress für Familienforschung: Familie -	BiB, ifb, ÖIF

Wien, Österreich	<u>Bildung - Migration</u>	
14.-15. Nov. 2017 Dublin, Irland	<u>Converging economies, diverging societies? Upward convergence in the EU - Foundation Forum 2017</u>	Eurofound
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	<u>Towards an effective implementation of community based services in child care</u>	FICE Spain
27.-28. Nov. 2017 Lissabon, Portugal	<u>High level conference - Opening up to an ERA of Social Innovation</u>	EU-Kommission
30. Nov. 2017 Brüssel, Belgien	<u>Results of the stocktaking study on the challenges and needs of family carers in Europe</u>	COFACE – Families Europe
14.-15. Dez. 2017 Lausanne, Schweiz	<u>Family dynamics and the changing landscape of shared custody in Europe</u>	NCCR LIVES
7.-9. Feb. 2018 Valletta, Malta	<u>Couple Relationships in the 21st Century: Evolving Contexts and Emergent Meanings</u>	ICCFR, PFWS
6.-9. Juni 2018 Brüssel, Belgien	<u>European Population Conference</u>	European Association for Population Studies
2.-5. Sep. 2018 Prag, Tschechien	<u>ISPCAN XXII International Congress on Child Abuse and Neglect</u>	ISPCAN
5.-8. Sep. 2018 Porto, Portugal	<u>9th European Society on Family Relations Conference</u>	European Society on Family Relations (ESFR)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

